

Moderne Familienpolitik

Gute Betreuung ab eins

FAKTEN UND ARGUMENTE



Kraft der
Erneuerung.



Foto: Thomas Koehler/photothek



Kurt Beck

Kinder brauchen die beste Förderung von klein auf

In Deutschland werden Kinder und die Lebensleistung der Eltern deutlich zu gering geschätzt. Wer sich für Kinder entscheidet, verdient mehr Unterstützung. Kinder und Eltern brauchen bei uns mehr Hilfe, mehr Betreuungsangebote und eine zuverlässige finanzielle Förderung. Mütter und Väter brauchen das Vertrauen, dass niemand in Deutschland allein gelassen wird, der eine Familie gründet. Wer wenig Geld hat, Mütter oder Väter, die den Tag mit Sorgen beginnen, weil sie allein erziehen, Eltern, die spüren, dass sie selbst ihre Kinder nicht optimal fördern können, Einwanderer, die dauerhaft hier leben und sprachliche Hürden überwinden müssen, brauchen eine gute, eine bessere Perspektive.

Über mehr als zwei Jahrzehnte haben CDU und CSU die Familienpolitik blockiert und verzögert. Für das Kindergeld hat die Kohl-Regierung kaum einen Finger krumm gemacht. Erst unter der SPD-geführten Bundesregierung stieg das Kindergeld zwischen 1998 und 2005 von 112 auf 154 Euro monatlich – mehr als 37 Prozent. Das Kindergeld wird auch weiterhin nicht gekürzt. Es bleibt eines der höchsten in Europa.

Der entscheidende Punkt ist: Wir brauchen viel mehr als nur Geld für Kinder. Wir brauchen mehr Zuwendung, mehr Interesse, bessere Förderung und Ermutigung, bessere Bildung und Angebote zur Ganztagsbetreuung. Das ist der Lackmustest der Familienpolitik. Wo Mütter und Väter hier viel geleistet haben und leisten, muss über alle Generationen hinweg die Anerkennung dieser Leistungen gesichert sein. Wo aber Eltern an die Grenzen ihrer Möglichkeiten stoßen, darf die Förderung der Kinder nicht abreißen. Das bitterste Ergebnis der Pisa-Studie ist für mich, dass in kaum einem anderen Land schulischer Erfolg so sehr von der sozialen Herkunft abhängig ist wie in Deutschland.

Was in den ersten Lebensjahren eines Kindes versäumt worden ist, lässt

sich nur sehr schwer aufholen. Die vorschulische Bildung entscheidet über die Lebenschancen. Wir dürfen nicht tatenlos zusehen, wie Mädchen und Jungen, die - aus welchen Gründen auch immer - im Elternhaus keine ausreichende Förderung erhalten, in der Schule hinter anderen Kindern zurückbleiben.

Deshalb will die SPD nach der Durchsetzung des Elterngeldes, nach dem Start des Ganztagsschulprogramms und dem Einstieg in den Betreuungsausbau einen weiteren Meilenstein erreichen: Wir wollen den Rechtsanspruch auf ganztägige Betreuung ab dem ersten Geburtstag. Wir wollen dieses Recht verbinden mit einem entschlossenen Ausbau und einer Qualitätsverbesserung der Krippen und Kindergärten. Und wir

wollen diese Angebote Schritt für Schritt gebührenfrei machen. Erst dann können wir davon sprechen, dass alle Eltern in Deutschland echte Wahlfreiheit haben zwischen häuslicher oder außerhäuslicher Betreuung ihrer Kinder. Erst dann übrigens haben Eltern eine echte Wahl zwischen der Rückkehr in den Beruf oder einer längeren Erziehungszeit.

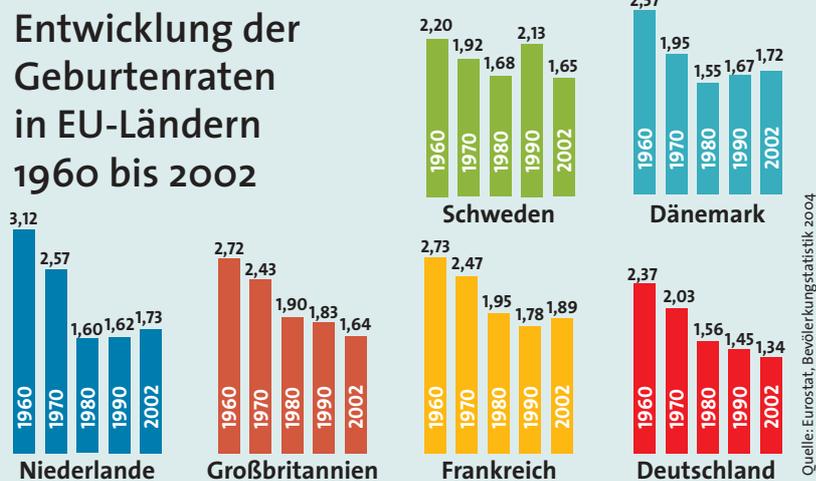
Unser Plan für gute Betreuung ab eins

Wir wollen

- den Rechtsanspruch für alle Kinder auf Ganztagsbetreuung vom 1. Geburtstag bis zum Schuleintritt ab 2010 durchsetzen
- die vorschulische Bildung und Betreuung qualitativ verbessern
- die gesamte Kita-Zeit schrittweise beitragsfrei stellen

Foto: Michael Weber / alimdi.net

Entwicklung der Geburtenraten in EU-Ländern 1960 bis 2002



Materialien zur Familienpolitik

12. Kinder- und Jugendbericht

Im Auftrag der Bundesregierung hat sich eine siebenköpfige Expertenkommission unter Leitung von Prof. Dr. Thomas Rauschenbach mit „Bildung, Betreuung und Erziehung vor und neben der Schule“ beschäftigt. Daraus entstand der 12. Kinder- und Jugendbericht, der im Oktober 2005 dem Bundestag vorgelegt wurde.

- Der Bericht im Internet: www.bmfsfj.de

DJI-Kinderbetreuungsstudie „Wer betreut Deutschlands Kinder?“

Für die Studie des Deutschen Jugendinstitutes aus dem November 2006 wurden 8.000 Privathaushalte mit Kindern im Alter bis 7 Jahre befragt. Dabei handelt es sich um die erste bundesweite Elternbefragung dazu, wie Familien heute die Kinderbetreuung organisieren. Die Studie ist im Beltz Verlag erschienen.

- Die Studie im Internet: www.dji.de

1. Bericht zum Stand des Betreuungsausbaus 2006

Wie im Tagesbetreuungsausbaugesetz (TAG) der SPD-geführten Bundesregierung aus dem Jahr 2004 vorgesehen, liegt seit Juli 2006 der erste Zwischenbericht zum Ausbau der Kindertagesbetreuung vor.

- Der Bericht im Internet: www.bmfsfj.de

Von der Alleinverdiener-Ehe zur Patchwork-Familie

Familienpolitik am Puls der Zeit

Die ersten fünf Jahrzehnte der alten Bundesrepublik waren ein durch ein Familienbild mit einem allein verdienenden Vater und einer nicht erwerbstätigen Mutter geprägt. Entsprechend richtete sich die Familienförderung mit Kindergeld und Steuervorteilen für Alleinverdienererehen allein an diesem Familienbild aus. Dies ganz im Gegensatz zu Ostdeutschland mit einer hohen Frauenerwerbsquote und einem flächendeckenden Krippenangebot.

Inzwischen hat sich die Lebenswirklichkeit in ganz Deutschland völlig verändert. Heute besteht eine Vielfalt unterschiedlicher Familienformen. Zwar wächst die Mehrheit der Kinder noch immer in einer Familie mit dem leiblichen Vater und der leiblichen Mutter auf. Aber immer häufiger gibt es Familien mit einer alleinerziehenden Mutter und - seltener - einem alleinerziehenden Vater ebenso wie Patchwork- und Stieffamilien.

Veränderte Berufsperspektiven

Auch die Lebens- und Berufsperspektiven junger Menschen haben sich ver-

ändert. Für immer mehr junge Frauen ist es heute selbstverständlich, auch im Beruf Karriere zu machen; nur noch 5 % wollen ausschließlich Mutter und Hausfrau sein. Die überwiegende Mehrheit will Familie und Beruf vereinbaren. Dies ist in Deutschland allerdings immer noch schwierig. So sehen sich viele Frauen gezwungen, sich entweder für die Familie oder den Beruf zu entscheiden. Die Folge dessen ist eine Geburtenrate von 1,37 Kindern pro Frau (2004), die nur im europäischen Mittelfeld liegt. Die skandinavischen Länder oder Frankreich mit einer hohen Erwerbsbeteiligung der Frauen, einem guten Angebot an frühkindlicher Betreuung, haben deutlich höhere Geburtenraten.

Dieser Entwicklung will die SPD mit einem bedarfsdeckenden und qualitativ hochwertigen Betreuungsangebot von früh an entgegenzutreten. Ein Angebot, das gerade Kindern aus schwierigen sozialen Verhältnissen zu besseren Bildungs- und Aufstiegschancen in ihrem späteren Leben verhilft und ihr Armutsrisiko vermindert. ■

Unser Erfolg: Das Elterngeld

Die ehemalige SPD-Familienministerin Renate Schmidt hat es erfunden, Anfang 2007 ist es in Kraft getreten: das neue Elterngeld, das das bisherige Erziehungsgeld ersetzt. Das neue Elterngeld bringt zahlreiche Verbesserungen, die den veränderten Lebensumständen und Wünschen junger Familien gerecht werden.

- Wer im ersten Lebensjahr seines Kindes seine Berufstätigkeit ein-

schränkt oder unterbricht, hat erstmals eine eigene wirtschaftliche Absicherung.

- Mit dem Elterngeld wird die schnelle Rückkehr von Müttern in den Beruf gefördert.
- Väter, auf deren meist höheres Einkommen die Familien oft nicht verzichten konnten, haben zum ersten Mal eine echte Chance auf eine Babypause.

Das Elterngeld gleicht den Ausfall eines Einkommens nach der Geburt eines Kindes aus. Wie beim Arbeitslosengeld werden für ein Jahr 67 % des letzten Nettoverdienstes gezahlt. Ein Sockelbetrag für Nicht-Erwerbstätige und eine Obergrenze von 1800 Euro pro Monat garantieren die soziale Ausgewogenheit. Die bis zu dreijährige Elternzeit mit Arbeitsplatzgarantie und Recht auf Teilzeit besteht weiter. ■

Unser Erfolg: Bessere Tagesbetreuung

Das Gesetz zum Ausbau der Tagesbetreuung für Kinder unter drei Jahren (TAG) wurde von der rot-grünen Koalition beschlossen und ist seit dem 1. Januar 2005 in Kraft. Mit dem Gesetz sind die Voraussetzungen für eine bessere Kinderbetreuung vor Ort geschaffen worden. Die bestehende Verpflichtung von Ländern und Kommunen, auch für Kleinkinder unter drei Jahren ein bedarfsgerechtes Betreuungsangebot vorzuhalten, wurde mit dem Gesetz konkretisiert. Festgelegt wurde:

- Bis 2010 müssen 230.000 zusätzliche Plätze in Kindergärten, Krippen und in der Tagespflege entstehen.

- Die Betreuung wird qualitativ besser, Kinder erhalten eine frühe Förderung.
- Eltern haben die Wahl zwischen unterschiedlichen Betreuungsmöglichkeiten, die Tagespflege wird ausgebaut und durch Qualifizierungsmaßnahmen aufgewertet. ■

Unser Erfolg: Mehr Ganztagschulen

Das Investitionsprogramm „Zukunft Bildung und Betreuung“ wurde von der SPD bereits 2003 auf den Weg gebracht. Mit dem Programm fördert der Bund die Länder und Kommunen bei der Einrichtung und dem Ausbau von Ganztagschulen. Vier Milliarden Euro stehen bis 2009 bereit.

- Ganztagschulen erleichtern das Zusammenleben von Eltern und Kindern, indem sie die Eltern entlasten und Kindern eine sinnvolle Beschäftigung ermöglichen. Ganztagschulen sollen kein Familienersatz sein, sondern Familienleben sinnvoll ergänzen.

- An Ganztagschulen werden Probleme der Kinder frühzeitig erkannt. Es gibt viel mehr Zeit zum Lernen und viel mehr Zeit für individuelle Förderung. Kleine Lerngruppen ermuntern zur aktiven Teilnahme am Lerngeschehen.
- An Ganztagschulen erhalten die Kinder gezielte Hilfe bei ihren Hausaufgaben. Dadurch werden auch die Eltern entlastet.
- Ganztagschulen bieten kreative Freizeitgestaltung, indem sie mit außerschulischen Institutionen wie etwa der Jugendhilfe, Musikschulen oder Sportvereinen kooperieren. ■

Investitionsprogramm „Zukunft Bildung und Betreuung“:

Geförderte Ganztagschulen 2003 - 2005

Baden-Württemberg.....	525
Bayern.....	704
Berlin	340
Brandenburg.....	221
Bremen	33
Hamburg.....	120
Hessen	344
Mecklenburg-Vorpommern.....	147
Niedersachsen	242
Nordrhein-Westfalen	1981
Rheinland-Pfalz	362
Saarland	241
Sachsen.....	109
Sachsen-Anhalt.....	61
Schleswig-Holstein.....	183
Thüringen	142
Gesamt	5755

Quelle: Sozialpädagogisches Institut NRW, Partner machen Schule, 2006

Bildungschancen sind Zukunftschancen

Für Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist der Ausbau von Bildung und Betreuung die familienpolitische Aufgabe Nummer eins. Denn hier liegt nach übereinstimmender Expertenmeinung und allen internationalen Erfahrungen der Schlüssel für

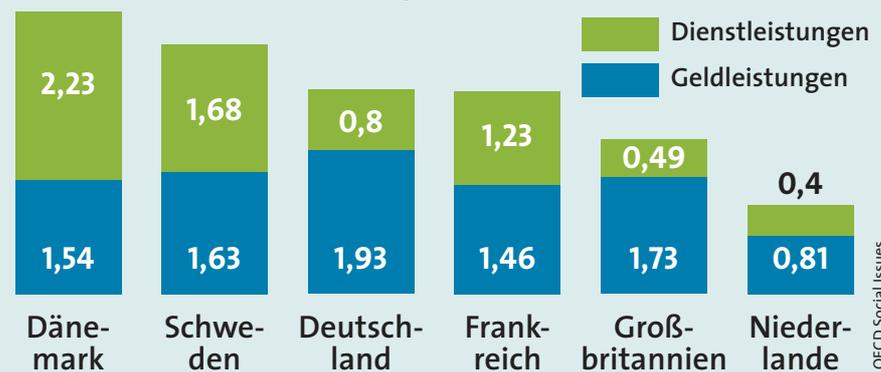
- die Verbesserung der Bildungs- und damit Zukunftschancen unserer Kinder,
- die bessere Integration von Kindern aus sozial benachteiligten Familien,
- die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf,
- die nachhaltige Armutsvermeidung.

Großer Nachholbedarf bei Betreuungsangeboten

Hier hat Deutschland erheblichen Nachholbedarf. Wir geben mit rund 184 Milliarden Euro nicht zuwenig Geld für Familien aus, aber teilweise an der falschen Stelle: Bislang liegt der Schwerpunkt bei den direkten Geldzahlungen an Familien und nicht bei den Investitionen in Infrastruktur wie Kindertagesstätten und -krippen. In vielen anderen europäischen Ländern ist es seit Langem genau umgekehrt. Diese Länder stehen in wichtigen familienpolitischen Bereichen heute besser da als Deutschland: bei Geburtenrate, Bildungsergebnissen, Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie Vermeidung von Kinder- und Familienarmut. Eine moderne und nachhaltige Familienpolitik muss aus einer Kombination von gezielten Geldleistungen, Investitionen in Infrastruktur und Zeit für Kinder und Familie bestehen.

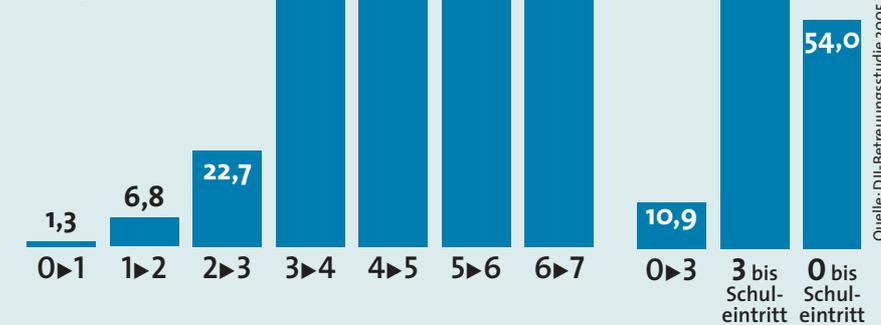
Wir wollen daher einen neuen Schwerpunkt setzen. Unser Ziel ist es, Bil-

Öffentliche Ausgaben für Familien in % des Bruttosozialproduktes (1998)



Quelle: OECD Social Issues

Nutzung von Kinderbetreuungsangeboten nach Alter in Deutschland in %



Quelle: DJI-Betreuungsstudie 2005

dungs- und Betreuungsangebote schnell auszubauen und ihre Qualität zu steigern. Wir wollen konkret

- einen Rechtsanspruch auf einen ganztägigen Betreuungsplatz für alle Kinder vom 1. Geburtstag bis zum Schuleintritt schaffen, der ab dem Jahr 2010 gilt,
- durch Qualifizierungsangebote sowie dem Angebot einer weiter verbesserten Ausbildung für Erzieherinnen und Erzieher der Notwendigkeit einer qualitativ hochwertigen Förderung der Kinder Rechnung tragen,

- schrittweise die Eltern von den Beiträgen für Kindergärten bzw. Kindertagesstätten befreien.

Die Zeit drängt

Dabei haben wir keine Zeit mehr zu verlieren. Nicht zuletzt erwarten auch die Eltern, die seit Anfang dieses Jahres Elterngeld beziehen, dass sie nach 12 bzw. 14 Monaten tatsächlich in ihren Beruf zurückkehren können. Dazu brauchen sie, insbesondere in den westdeutschen Bundesländern, schnell ein spürbar besseres Betreuungsangebot.

SPD-Erfolge bei den Familienleistungen

■ Mehr Kindergeld

Das Kindergeld für das 1. und 2. Kind wurde seit 1998 um 42 Euro (+37 %) erhöht: von 112 auf 154 Euro im Monat. Dadurch hat heute eine Familie mit zwei Kindern 1.008 Euro jährlich mehr zur Verfügung als 1998.

■ Neuer Kinderzuschlag

Seit dem 1. Januar 2005 gibt es einen Kinderzuschlag für einkommensschwache Familien in Höhe von bis zu 140 Euro pro Kind. Eine Familie mit zwei Kindern und einem Nettoeinkommen von 1025 Euro erhält damit 280 Euro zusätzlich.

■ Steuervorteile für Betreuung

Die SPD hat erstmals im deutschen Steuerrecht dafür gesorgt, dass Kinderbetreuungskosten steuerlich absetzbar sind.

■ **Mehr Geld für Alleinerziehende**
Alleinerziehende erhalten seit 2004 durch einen neuen Steuerfreibetrag in Höhe von 1.308 Euro einen Ausgleich für ihre haushaltsbedingte Mehrbelastung.

■ Weniger Steuern

Zwischen 1998 und 2005 haben wir Steuersätze massiv gesenkt. Alle Familien zahlen weniger Steuern, eine Familie mit zwei Kindern zahlt bis zu einem Brutto-Einkommen von 37.650 Euro unter Einrechnung des Kindergeldes keine Steuern mehr.

■ Mehr Rentenansprüche

Die Erziehungszeiten wurden auf drei Jahre ausgeweitet und eine Erhöhung der Rentenansprüche eingeführt, die durch Teilzeit erworben werden. Dies macht bei der gesetzlichen Rente einer Frau (2 Kinder, 30 Jahre im Beruf, davon 15 in Teilzeit) gegenüber einer kinderlosen Frau (gleiche Berufsjahre) 35% mehr Rente (=220 Euro) aus.

SPD: Mittel für Familien zielgerichtet einsetzen

Eine solide Finanzierung ist Voraussetzung für den schnellen und bedarfsgerechten Ausbau der Bildungs- und Betreuungsangebote. Um die Finanzierung sicherzustellen, schlägt die SPD einen Mix aus zusätzlichen Mitteln und Umschichtungen innerhalb der Familienförderung vor. Diese Umschichtungen betreffen jedoch nicht mehr als 2% des derzeitigen Fördervolumens.

1 Alle Finanzmittel, die durch die rückläufigen Kinderzahlen frei werden, sollen in zusätzliche Betreuungs- und Bildungsangebote investiert werden. Im Jahr 2010 ergeben sich bei Bund und Ländern Einsparungen von rund 630 Mio. Euro allein durch geringere Kindergeldzahlungen. Diese frei werdenden Mittel sollen wieder den Familien zur Verfügung stehen.

2 Die finanzielle Unterstützung von Familien ist in Deutschland überdurchschnittlich gut. Jetzt kommt es darauf an, Mittel zielgerichteter und effizienter einzusetzen. Anstelle einer Kindergelderhöhung sollte das Geld daher besser für den Ausbau der dringend benötigten Kinderbetreuung verwendet werden.

3 Der gültige Steuerfreibetrag für Betreuung, Erziehung und Ausbildung in Höhe von 2.160 Euro soll moderat um 300 Euro sinken. Im Gegenzug dazu ist die steuerliche Absetzbarkeit von Betreuungskosten für Kinder bis zum 14. Lebensjahr im Rahmen der Werbungskosten bzw. Son-

derausgaben erheblich verbessert worden. Der pauschale Ansatz des Freibetrages für Betreuung, Erziehung und Ausbildung muss daher nicht in der bisherigen Höhe erhalten bleiben.

4 Leistungen, die sich ausschließlich auf die Förderung der Ehe konzentrieren, sollen vorsichtig begrenzt, die dabei frei werdenden Mittel in den Bildungs- und Betreuungsbereich investiert werden. Praktisch heißt das: Es bleibt grundsätzlich bei der gemeinsamen steuerlichen Veranlagung von Ehepartnern. Allerdings kann das erzielte Gesamteinkommen nicht mehr zur Hälfte auf beide Partner aufgeteilt werden, sondern der Übertragsbetrag wird auf 15.000 Euro begrenzt. Alle anderen Regelungen, wie die steuerrechtlichen Übertragungsmöglichkeiten (z. B. Arbeitnehmerpauschbetrag oder Sparerfreibetrag) bleiben unverändert. Vorteil dieser neuen Splitting-Regelung: Bezieher von kleinen Einkommen werden nicht belastet.

Weiteres Ziel der SPD ist es, dass die Mittel des Bundes möglichst zielgenau dort ankommen, wo sie gebraucht werden. Deshalb soll im Rahmen des Bündnisses für Kinder und Familien von Kommunen, Ländern und Bund eine Vereinbarung über den sinnvollen Einsatz der Mittel getroffen werden. ■

Fragen und Antworten zur Betreuung ab eins

1 Derzeit legt die SPD ihren familienpolitischen Schwerpunkt auf den Ausbau vorschulischer Betreuungseinrichtungen. Werden Eltern mit älteren Kindern dadurch benachteiligt?

Die SPD macht Politik für alle Familien – mit kleinen und großen Kindern:

- Direkt nach der Geburt eines Kindes profitieren Eltern vom neuen Elterngeld.
- Für Kinder ab dem ersten Geburtstag soll ein Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung eingeführt werden.
- Für Schulkinder hat die SPD-geführte Bundesregierung in der letzten Legislaturperiode ein 4-Milliarden-Euro-Programm zum Auf- und Ausbau von Ganztagschulen aufgelegt.
- Für Studierende sind die Studienbedingungen verbessert worden: Die Länder haben bis 2010 zusätzlich über 1,2 Milliarden Euro für die Hochschulen erhalten. Außerdem will die SPD Verbesserungen beim BAföG erreichen. Die SPD steht auch weiterhin klar für ein gebührenfreies Erststudium.

2 Wird durch den Betreuungsausbau das „klassische Familienmodell“ mit einem Ernährer benachteiligt?

Benachteiligt werden derzeit die Eltern, die nicht nach dem klassischen Familienmodell leben wollen, weil sie dies mangels entsprechender Betreuungsmöglichkeiten faktisch nicht oder nur unter großen Schwierigkeiten können. Für sie soll mit dem Ausbau der Betreuungseinrichtungen die Wahlfreiheit überhaupt erst hergestellt werden. Die Paare, bei denen ein Partner zugunsten der Kindererziehung langfristig aus dem Beruf aussteigt, werden dagegen beispielsweise durch das Ehegattensplitting und die beitragsfreie Krankenversicherung unterstützt. Diese Unterstützung wird auch künftig im Wesentlichen beibehalten.

3 Soll der Betreuungsausbau durch Umschichten innerhalb der Familienleistungen finanziert werden?

Insgesamt geben wir in Deutschland pro Jahr rund 184 Milliarden Euro für familienpolitische Zwecke aus. Aus diesem Topf wollen wir – neben zusätzlichen Geldern – etwa 2% umverteilen und zielgerichteter einsetzen. Dies ist gerechtfertigt, da Deutschland im Vergleich mit anderen europäischen Ländern nicht zuwenig Geld für Familien ausgibt, sondern teilweise an der falschen Stelle. Bei uns fehlt vor allem ein flächendeckendes Angebot an Betreuungseinrichtungen. Die Länder, die über dieses Angebot verfügen, stehen familienpolitisch besser da: bei der Geburtenrate, bei Bildungsergebnissen und bei der Vermeidung von Kinder- und Familienarmut.

4 Ist das Einfrieren des Kindergeldes nicht sozial ungerecht?

Wir haben das Kindergeld seit 1998 mehrfach erhöht, heute ist es eines der höchsten in Europa. Das wird auch in Zukunft so bleiben. Aber gerade für einkommensschwache Familien, insbesondere Alleinerziehende, ist es wichtiger, hochwertige und verlässliche Betreuungsangebote vorzufinden, damit sie auch mit Kindern erwerbstätig sein können.

5 Wen betrifft eine Umgestaltung des Ehegattensplittings?

Die Umgestaltung des Ehegattensplittings, wie wir sie vorgeschlagen haben, trifft Paare mit geringem oder durchschnittlichem Einkommen quer durch alle Altersgruppen überhaupt nicht. Der maximale Übertrag von 15.000 Euro bedeutet, dass eine geringe Belastung von Alleinverdiener-Ehen überhaupt erst bei einem Bruttoeinkommen von rund 40.000 Euro einsetzt (zu versteuerndes Einkommen: 35.000 Euro).

6 Was unterscheidet das SPD-Konzept von den Plänen der CDU und CSU?

Wir wollen einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für alle Kinder vom 1. Geburtstag bis zum Schuleintritt. Und wir sagen, wie das finanziert werden kann. Das heißt: Eltern, die einen Betreuungsplatz suchen, sollen Planungssicherheit für sich und ihre Kinder erhalten, die sie notfalls auch auf dem Klageweg durchsetzen können. CDU und CSU lehnen einen solchen Rechtsanspruch ab. Und: Ein Finanzierungskonzept hat die Union noch nicht vorgelegt.

